

Hanns-Seidel-Stiftung. Kloster Banz, 18.10.2008

Dr. Reinhard J. Voß: Dialog statt Krieg – Alternative Wege in der Terrorabwehr. Welche Kräfte treiben Terroristen?

0. Mein Vortrag kann gut anknüpfen an die Ausführungen von Graf v. Westfalen, der die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem modernen Terrorismus im Namen der Freiheit und nicht nur der Sicherheit eingefordert hat und dazu „kulturelle, politische, geistige und moralische Mittel“ für zweckmäßig hält. Er kann ebenfalls anknüpfen an die polizeilichen Ausführungen von Kriminaldirektor Jörg Beyser aus München.

1. Ein kurzer Rückblick auf das laufende Jahrzehnt aus der Sicht eines gerade aus dem Amt gegangenen GS von Pax Christi

Dialog statt „Krieg gegen den Terror“ war im Grunde DAS Thema meiner Amtszeit bei Pax Christi von 2001 bis 2008. Und dabei dachte ich im Frühjahr 2001, einen Beitrag zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ leisten zu können. ÖRK und UNO hatten zu einer solchen von 2001 bis 2010 aufgerufen. Nun: dem Aufruf zur Dekade des ÖRK und der UN zur Gewaltfreiheit setzte Präsident Bush – auch explizit – eine Dekade des „War on Terror“ entgegen. Wir sind noch mitten drin!!! Und so fiel mein Beitrag zur doppelten bzw. dreifachen Dekade anders aus als gedacht: konkreter, realistischer, spannungsreicher, noch politischer. Ich erinnere ein paar Etappen und Schlaglichter dieser 7 Jahre:

- 11.9.01 Die Reaktionen meines Kollegen Dave Robinson von Pax Christi USA und ein paar Jahre später von Pat Gaffney von Pax Christi England (UK) nach dem Londoner Anschlag waren beide analytisch-besonnen, selbstkritisch, realistisch, aber pazifistisch-engagiert!
- In der Afghanistan-Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands von Pax Christi hieß es 2001:

„Die Militärschläge zur Ergreifung des Terroristen Bin Laden und seiner Helfershelfer gegen Ziele in Afghanistan haben sich mittlerweile zu einem Krieg gegen dieses Land mit dem erklärten Ziel der Beseitigung der Regierung der Taliban entwickelt. Die eingesetzten Waffen bedrohen und treffen immer mehr die Zivilbevölkerung und führen zum Anschwellen der Flüchtlingsströme. Die politischen Begründungen für

den Beginn und die Fortsetzung des Krieges werden immer unglaubwürdiger; die politischen Perspektiven für die Zeit danach nicht klarer, eine friedliche Zukunft nicht leichter erreichbar. (Wir brauchen) eine Rückkehr zu diplomatischen und politischen, polizeilichen und juristischen Mitteln der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus (...), und zwar unter sofortiger eindeutiger Führung der UNO. Eine Nation, die immer wieder Menschenrechte und Freiheit als ihre Werte reklamiert, muss jetzt ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen! (...) Wer in der ersten Zeit des Entsetzens und der Trauer nach den Terroranschlägen noch eine klare Linie zwischen "Gut" und "Böse" ziehen mochte, muss spätestens jetzt erkennen: So eindeutig sind Recht und Unrecht nicht verteilt. Die Ursachen des Terrorismus und die Wege zu seiner Überwindung sind sehr komplex und die Militärschläge dazu untauglich.“

- 2002: Meine 5 Schlüsselantworten als Pazifist auf die neue Lage, zuerst in der Kath. Akademie Hamburg am 21.11.2001, später dann in der Frankfurter Rundschau und auch in den Materialien des Studiengangs Konfliktmanagement der Fernuni Hagen:

Wir Pazifisten (Christen und andere) haben mindestens fünferlei dazu beizutragen:

1. die Vision der „Pax Christi“, des jesuanischen Friedensstiftens durch radikales Verstehen und manchmal auch Provozieren des „Gegners“, den Martin Buber in seiner Deutung des Neues Testaments einen „zeitweiligen Hasser“ nannte.
2. eine grundsätzliche „vorrangige Option für Gewaltfreiheit“.
3. eine Vielfalt mittlerweile entwickelter gewaltfreier Aktionsformen von der Sozialen Verteidigung und der Mediation bis zu internationalen Missionen in präventiver und auch Konflikt vermittelnder Absicht. Der amerikanische Ex-Präsident hat mit seinem „Carter-Institute“ Vorbildliches in dieser Hinsicht geleistet.
4. ein dialogisch-politischer Entwurf der Anerkennung unterschiedlicher Interessen und Positionen und der Verweigerung eines grundsätzlichen Gut-Böse-Schemas, wie es in jüngsten Äußerungen von Präsident Bush von der totalen Ausmerzungen des Bösen wieder aufscheint - in eigenartigem Kontrast - fast wie ein Widerschein - zum islamistischen Feindbild des grundsätzlich bösen Westens.
5. schließlich einen weltweit koordinierten juristischen Weg der Gewaltkontrolle durch Entwicklung weiterer UNO-Instrumente zur Bekämpfung und Bestrafung internationaler Gewalttäter – wie der Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofes.

- Die Invasion von USA und „willigen“ Nationen im Irak 2003: Die Spaltung des Westens geschah nicht durch BK Schröder, wie die dt. Presse damals fast unisono klagte (!), sondern durch Präsident G.W. Bush.
- Die Bedrohung des Iran, der anhaltend als „Zentrum des Bösen“ im Mittleren Osten bezeichnet und als letztes Bollwerk gg. die USA dort gesehen wurde. Dagegen zeichnete sich eine Lösung in Nordkorea wg. der machtpolitischen Balance mit China ab!
- Die Indizierung, Isolierung und Anprangerung von politischen Bewegungen als „Terror“-Organisationen – auch wenn diese Dialogsignale sandten - wurde in vielen Teilen der Welt praktiziert: Hamas und Fatah in Palästina, FARC in Kolumbien, PKK in der Türkei, usw.
- Letztlich gehört hierzu auch in den westlichen Staaten der zunehmende Bürgerrechtsabbau, dem ich eine Tendenz zur Staatsrepression mit Terror-Angst bescheinigen möchte. Bundesinnenminister Schäuble ist dabei nicht zuletzt auch durch Einsprüche des Bundesverfassungsgerichtes gerügt worden!

2. Nun zur Kernfrage unseres Themas: Kann / darf man mit Terroristen reden und verhandeln?!

Das Kernargument für Verhandlungen auch mit „Terroristen“ lautet: „Terroristen“ werden gemacht, werden notfalls sogar aufgebaut, werden stigmatisiert, werden gebraucht! Und wenn nötig, werden aus Terroristen Freiheitskämpfer: Begin, Arafat, der Mob der Aufständischen in Tibet kurz vor den Olympischen Spielen 2008.

Auch hierzu ein kurzer Rückblick in Stichworten:

- nach 1989 gab es einen sofortigen Übergang vom Feindbild des Kommunismus zum Islamismus.
- Die USA unterstützten früher Bin Laden und die Taliban gegen die russische Besatzung und benannten sie dann in Terroristen um.
- Die USA bauten Saddam Hussein im Irak gg. Iran auf, unterstützten ihn im grauenhaften Krieg (Giftgas!) gg. Iran in den 80er Jahren und dämonisierten ihn später zum neuen Hitler.

- Kurt Beck war als SPD-Vorsitzender in Afghanistan und löste eine Protestwelle aus mit seiner Forderung, mit „gemäßigten Taliban“ zu reden – heute ist es Praxis der afghan. Regierung.
- Reinhard Höppner wurde mit dem gleichen Aufruf beim Schlusswort des DEKT in Köln als dessen Präsident 2007 gern überhört.
- Der frühere US-Präsident Jimmy Carter fuhr im Frühjahr 2008 bewusst nach Palästina und sprach mit Hamas und Fatah; er wurde deshalb nicht nur von Israel gemieden, sondern stieß auch auf weitgehendes Unverständnis in der westlichen Welt. Aber gerade das von ihm gegründete und nach ihm benannte Institut forderte den Dialog mit und unter allen Konfliktparteien (s. BERICHT VOM CARTER CENTER vom 22.4.2008: www.cartercenter.org/news)
- Die afghanische Regierung unter Präsident Hamid Karsai „weiß, dass er einen afghanischen Weg suchen muss“ und „sucht (deshalb) den friedlichen Feindkontakt mit den Taliban, weil er keine andere Wahl mehr hat“, schreibt Peter Münch in der SZ vom 2.10.2008 unter der Überschrift „Verbrüderung auf afghanisch“.

3. Etwas grundsätzlicher gefragt: Wie entsteht und wie produziert man Terroristen?

Natürlich – und viele Kirchenvoten haben dies betont – auch durch wirtschaftliche Ungerechtigkeit, politische Missachtung oder kulturelle Geringschätzung. Oder gezielt durch Agenten, Agents provocateurs, Infiltration. Man denke an die Lüge beim deutschen Polenüberfall 1939 („(es) wird zurück geschossen“) über die Vietnam-Schweinebucht-Lüge der USA und den „brüderlichen“ Überfall der Sowjetunion 1968 in Prag bis hin zu Al Kaida. Koordinator Dave Robinson von Pax Christi USA gab in Berlin einen Hinweis auf die Ähnlichkeit der Reichtagsbrandrede Hitlers 1933 und der War on Terror-Rede von G.W. Bush nach dem 11.9. 2001. - Man könnte etwas böswillig sagen: die Arroganz der Macht braucht „Teufel“!

Ich rechtfertige in keiner Weise Gewalt und Terror, wenn ich zum Dialog mahne. Heute sehen auch immer mehr Politiker (einige zitiere ich später noch), dass es um einen Kampf der Ideen, Köpfe und Herzen geht.

Die „Wahrheit“ ist eben nicht nur auf EINER Seite. Die Teilung der Welt in Gute und Böse (Staaten oder Menschen) ist höchst-ideologisch und demagogisch. Die Todesstrafe vor Olympia in China zu kritisieren und in den USA zu dulden, ist heuchlerisch.

- Dies habe ich als Generalsekretär in einem Brief an Bundeskanzler Schröder gleich angesichts der Entwicklungen nach den Terroranschlägen 2001 geschrieben: Das Gut-Böse-Denken beim wieder getauften Präsidenten Bush jun. ist politisch extrem gefährlich!
- Im Harvard-Konflikttraining wird eine überhaupt grundsätzliche psychoanalytische Einsicht umgesetzt: das Problematische bei mir wird in feindseliger Kommunikation in den anderen projiziert und bei mir ausgeblendet und verdrängt!
- Die Quäker haben einen Grundsatz für ihre Friedens- und Versöhnungsarbeit, auch in harten Konflikten, der besagt: suche im Anderen immer auch „That of God in everybody“!
- In den Konflikttrainingskursen – Forum ZFD, Schalomdiakonat, Projekt Alternativen zur Gewalt - ist immer eine Binsenweisheit politisch-pädagogisch neu zu lernen (z.B. im „Karton mit vielen Löchern“): je nach Standpunkt und Blickrichtung sieht die jeweilige „Wahrheit“ anders aus.
- Wir haben keine Alternative zum interreligiösen und interkulturellen Dialog, auch wenn er auf beiden Seiten (!) zuhauf verweigert wird. Hier geht unser Papst nach seiner zunächst irritierenden Regensburger Rede vorbildlich voran und findet ein breites positives Echo in der islamischen Welt, wie 2007 der offene Brief und Aufruf von 138 „Religiösen Führern der Muslime an die Religiösen Führer des Christentums“ zeigte.

4. Ein paar grundsätzliche Anmerkungen zum Umgang mit „Terroristen“

Den Terrorismusexperten Dr. Ulrich Schneckener vom Institut für Wissenschaft und Politik hatte Pax Christi zum Jubiläums-Kongress am 5.4.08 in Berlin eingeladen, um genau zum Umgang mit Terroristen im Kontext des sog. Kriegs gegen den Terror zu sprechen. Die folgenden Gedanken fußen auf seinen Ausführungen. Sie bestätigen übrigens das „Fazit“ von Altkanzler Helmut Schmidt in seinem aktuellen Buch „Außer Dienst. Eine Bilanz“(Siedler 2008): „Der Westen kann auch im 21. Jhd. nicht jeglichen Terrorismus ausrotten. Er muss ihn mit politischen Mitteln zurückdrängen.“ (Zitat nach Rezension von Th. Speckmann, SZ, 14.10.08, S: 34)

Ulrich Schneckener führte folgenden Gedankengang aus:
Die Kategorien von „Sieg“ und „Niederlage“ sind als Erfolgskriterien bei der Bekämpfung des Terrorismus wenig hilfreich und verkennen die spezifischen Charakteristika der terroristischen Strategie, die von Akteuren nicht zuletzt deshalb genutzt wird, um sich – anders als bei einer konventionellen militärischen Konfrontation – einer klaren Entscheidung über „Sieger“ und „Besiegte“ zu entziehen. Stattdessen suchen Terroristen die Zuflucht in einen jahrelangen, zermürbenden „Kleinkrieg“, der allein mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist. Im engeren Sinne des Wortes lässt sich daher Terrorismus nicht „besiegen“. Man kann ihn bekämpfen und seinen Aktionsradius einschränken, man kann sein Gefährdungspotential reduzieren, seine Infrastruktur zerstören, den Zufluss von Ressourcen und den Zulauf von Sympathisanten bzw. Rekruten stoppen etc. Dennoch wird sich diese Form der Gewaltanwendung nicht aus der Welt schaffen lassen, es wird immer wieder Gruppen und Personen geben, die glauben, nur auf diese Weise ihre Ziele verfolgen zu können.

Denn Terrorismus, ob nun „alter“ oder „neuer“ Prägung, ist grundsätzlich ein Ausdruck gesellschaftlicher und internationaler Konflikt- und Problemlagen. Er ist insofern kein Fremdkörper in einer Gesellschaft, sondern das Resultat von politischen und sozialen Prozessen und Konstellationen.

Terrorismusbekämpfung bedarf immer einer differenzierten und verhältnismäßigen Vorgehensweise, wenn sie erfolgreich sein soll. Denn das Kalkül der Terroristen setzt gerade darauf, dass ihre Gegner möglichst hart und unverhältnismäßig zurückschlagen, um auf diese Weise sich selbst als Angegriffene oder „Opfer“ stilisieren zu können. Sowohl in der Wahl der militärischen, polizeilichen und/oder strafrechtlichen Mittel als auch bei der verbalen Auseinandersetzung mit extremen Ideologien gilt es einerseits zwischen Terroristen und anderen, nicht-staatlichen Gewaltakteuren sowie andererseits zwischen (potentiellen) Attentätern, Helfern und Sympathisanten zu differenzieren. Dabei ist es auch wichtig, Möglichkeiten und Chancen zum Wandel von extremistischen Gruppierungen (oder von einzelnen Personen) auszuloten und diese gegebenenfalls mit entsprechenden Anreizen zu fördern, insbesondere um vergleichsweise „moderate“ Stimmen zu stärken und innerhalb solcher Bewegungen mehrheitsfähig zu machen.

Zusammenfassend nennt Schneckener 5 Strategien des Internat. Terrorismus und 4 Leitlinien zu seiner Überwindung:

Fünf Strategien (s. Anhang I):

- Transnationalisierung
- Wachsende Bedeutung nicht-staatlicher Unterstützung
- Diversifizierung der Finanzierung
- Verstärkung von medialen Effekten
- Wachsendes Zerstörungspotential

Vier Leitlinien zum Vorgehen gegen „Terroristen“:

- Differenziert und verhältnismäßig
- Keine Denkverbote
- Balance von operativen und strukturellen Maßnahmen
- Vorsicht bei der Entwicklung des Sicherheitsstaates

5. Der unselige und unkluge „War on Terror“ begünstigt eine Militarisierung der Politik, besonders auch der Außenpolitik.

[Ich habe hierzu Ausführungen beim Pax Christi-Kongress in Berlin im Mai 2008 gemacht: www.paxchristi.de/60jahre/index.html]

Der „Krieg gegen den Terror“ und die Verweigerung des Dialogs sowie die Stigmatisierung qua „EU-Terrorliste“ etc, zuletzt am Bsp. der palästinensischen Hamas, führt letztlich zur Polarisierung und dann auch zur Militarisierung von Außenpolitik. Das Wort ist derzeit TABU, obwohl es Anfang Mai 2008 sogar von führenden Leuten der SPD gegen die Pläne der CDU gebraucht wurde, einen „Sicherheitsrat im Kanzleramt“ zu installieren.

Die deutschen Politiker der Großen Koalition stellen sich der öffentlichen Debatte um die Militarisierung nicht!

Dazu einige Beispiele:

- Wir erlebten gerade die Ablehnung der Teilnahme an einem von pax christi vorbereiteten Großforum des Katholikentages 2008 zu diesem Thema durch die Minister Steinmeier und Jung.

- Es gab wenige öffentliche Diskussionen zum Weißbuch 2006 der Bundesregierung; bestenfalls zivile Korrekturen von Außen-, Entwicklungs- und Justizministerium an einem Konzept des Verteidigungs-Ministeriums zur Bundeswehr im Auslands-Einsatz, das eine 180-Grad-Wende vom bisherigen Konzept des Bürgers in Uniform zur Landesverteidigung darstellt und letztlich der Wohlstandsverteidigung mit militärischen Mitteln dient. Der

„erweiterte Sicherheitsbegriff“ ist dabei eher eine zivile Ummantelung und er wird dadurch missbraucht, wurde er doch in den Jahren zuvor in der Zivilgesellschaft entwickelt, um die neuen Formen der Bedrohung zu beschreiben, deren man nicht mit militärischen Mitteln Herr werden kann: Bevölkerungsexplosion, Klima- und Umweltgefahren, Migration usw.

- Das Konzept des „Zivilen Friedensdienstes“ (ZFD), das seit 1998 zur deutschen offiziellen Politik gehört, hat bisher mehr als Alibi denn als Alternative zum Militär gedient. Es wird aber 2009 weiter ausgeweitet.

Die recht unverdächtige Zeitschrift „Christ in der Gegenwart“ schrieb am 24.2.08 in ihrem Leitkommentar unter dem Titel „Militarisierung“ (ohne Ruf- oder Fragezeichen!): „Es ist eigenartig, dass die selbst NATO ausgerechnet nah dem Kalten Krieg meint, sich besonders militärisch gebärden zu müssen, nun zur Abschreckung eines Radikal-Islam.“ - Und dann kommt doch das Fragezeichen, aber sehr zugespitzt: „Setzt die Weltpolitik (...) auf eine Militarisierung, wie es sie selbst in kritischeren Zeiten nie gegeben hat?“

In den 90er Jahren ging es bei pax christi im so genannten „Pazifismusstreit“ darum, ob und unter welchen Kriterien Militär zur Rettung bedrohter Bevölkerungen eingesetzt werden dürfe. Wir sind skeptisch geblieben, was solche Einsätze angeht, aber wir suchen das Gespräch mit den Soldaten und haben dies intensiv in den letzten Jahren auch mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten diskutiert. Die Entwicklung in Afghanistan zeigt gerade wieder einmal, wie schnell Schutz und Aufbau umschlagen kann in Kampf und Krieg.

Deshalb ist Vorsicht und Wachsamkeit geboten im Hinblick auf die Gefahr einer Militarisierung von Außenpolitik. pax christi engagiert sich hingegen beim Aufbau von Friedenszentren in Krisengebieten und des Zivilen Friedensdienstes als ziviler Alternative.

Das mittlerweile in der UNO entwickelte und vom Weltrat der Kirchen begrüßte Konzept „Responsibility to Protect“ könnte durchaus im Sinne einer notwendigen „Gewaltkontrolle“ ernsthaft als Möglichkeit erwogen werden, wenn es denn wirklich als Weiterentwicklung von Prävention (also „Prima Ratio“) und nicht als neue Formel der „Ultima Ratio“ angewandt werden wird.

Spezifisch für pax christi war und ist: als Friedens-Förderer und – Stifter muss man Grenzüberschreiter sein und dabei im

internationalen kirchlichen Kontext arbeiten. Ich erinnere mich, wie der internationale Pax Christi-Präsident Kardinal König 1987 aufrief, über die Grenzen nach Osten zu gehen - mit offenen Armen und Herzen, Augen und Ohren sozusagen. Das ist heute nötig gegenüber den hochstilisierten Feinden unserer Zeit, denen auf der UN- und EU-„Terrorliste“ (wie erwähnt: die kurdische PKK, die kolumbianische FARC, die palästinensische Hamas oder die afghanischen Taliban) sowie gegenüber den so genannten „Schurkenstaaten“ Irak, Iran, Nordkorea.

Wir wissen den Weg dahin auch noch nicht exakt, wohl aber die Richtung - und viele unserer weltweit präsenten Sektionen und Partner helfen uns und gehen solche Wege, ob im Kongo, in Kolumbien, in den Philippinen, in Nahost oder zwischen Türken und Kurden. (s. Anhang II: Orientierungsrahmen von Pax Christi International). Deshalb hieß das Motto des Studientages beim Jubiläumskongress in Berlin: Dialog statt „Krieg gegen den Terror“. Natürlich müssen gewalttätige, verbrecherische Islamisten polizeilich bekämpft werden, aber sie dürfen nicht durch ihre Attentate über Krieg und Frieden mitentscheiden.

Das Präsidium von Pax Christi hat 2008 zum 60. Jubiläum dazu Deutliches gesagt; ich zitiere aus Teil III unter dem Titel „Wir erneuern unsere Verpflichtung“:

„Die Friedensarbeit von Pax Christi hatte in jeder Dekade ein eigenes Profil. Heute lautet unsere Zeitansage – angesichts der katastrophalen Entwicklungen in Afghanistan und im Irak und der bedrohlichen Szenarien gegenüber dem Iran – zugespitzt: Dialog statt „Krieg gegen den Terror“! Während unseres Kongresses zu diesem Thema Anfang April 2008 beleuchteten wir die gefährlichen Implikationen einer militarisierten Sicherheitspolitik und zeigen das Gegenmodell auf: Verständigung und fairen Interessenausgleich.“

6. Resümee: Die Aufgabe der Überwindung des Terrorismus ist eine politische!

Im Rückblick auf die Wende Mitte der 80er Jahre sieht man klar:

GORBATSCHOW befolgte zusammen mit seinem Außenminister Schewardnadse ein striktes schlüssiges, berechenbares Verhandlungskonzept: Vertragssysteme - Verträge – positive Visionen – Internationale ggS. Verpflichtungen – Völkerrecht!

Die BUSH-DOKTRIN hat vieles davon ausgelöscht, gekündigt, ausgehöhlt. Sie hat uns in nur sieben Jahren in einen international zunehmend gesetzlosen Zustand des „Rechts des Stärkeren“ geführt. Viele internationale Verträge haben die USA boykottiert: vom Internationalen Strafgerichtshof in den Haag bis zur Letzt-Kompetenz des UNO-Sicherheitsrats. Diese Phase geht weltweit sichtbar zu Ende. ABER: Die Stärke des Rechts, des Völkerrechts ist unterhöhlt.

Meine These ist und bleibt:

Dieser unselige, verlogene, unnütze und kontraproduktive „Krieg gegen den Terror“ ist eher eine Verbrämung US-amerikanischer Geopolitischer und Ressourcenpolitischer Interessen als eine glaubwürdige weltpolizeiliche Einsatzstrategie!

Ich zitiere einen anonym bleibenden Militärseelsorger, der im Februar 2008 zum „**Paradigmenwechsel in Deutschland**“ zu Afghanistan Folgendes schrieb, aus heutiger Sicht durchaus hell- und weitsichtig:

„Die derzeitige offizielle Lesart, wenn auch verschieden nuanciert, ist heute: Wir sind Bündnispartner der USA. Wer hier „A“ sagt muss auch „B“ sagen. Wir können nicht erwarten, vom Schutz vor Terror zu profitieren, wenn wir uns nicht am Schutz beteiligen.

Bis zum Jahreswechsel hieß es: *ISAF* ist etwas ganz anderes als *enduring freedom*. Deutsche Soldaten sichern den Wiederaufbau und beteiligen sich daran. Seit Anfang des Jahres ist die Parole anders: „Wer immer sagte, der Bundeswehreinsatz sei ein Friedenseinsatz, hat nichts verstanden. Wir sind kein THW in grün, sondern immer auch Kampftruppe! Bundeswehreinätze sind immer auch Kampfeinsätze. Wenigstens wird jetzt deutlich, dass *ISAF* und *OEF* miteinander verschmelzen.

Wie schon Russland hat auch Amerika die Bedeutung Afghanistans erkannt und setzt alles daran, um mit den Nato-Partnern im Lande zu bleiben. Je mehr sich der Irakkonflikt abschwächt, umso intensiver werden die Einflussnahmen auf Afghanistan. Nach allen Versuchen, sich ein möglichst umfassendes Bild der Lage zu machen komme ich zu der Auffassung: Die Friedensstrategie ist gescheitert, jetzt kommt die Kriegsmaschinerie in Gang.“

Das kann nicht das letzte Wort sein!

Ich habe mich in letzter Zeit gefreut, dass aus den USA und Großbritannien wichtige Stimmen stärker werden, von denen ich nur einige aktuelle exemplarisch erwähne, die ersten drei aus einem Bericht der SZ vom 11. 9.(!) 08:

- Der englische Guardian veröffentlicht ein Geheimpapier unter dem sperrigen Titel: „Die Bekämpfung des Extremismus durch Öffentlichkeitsarbeit“. Premier Brown hatte Journalisten – auch der BBC – Informationen über interne Probleme der al-Qaida zugespielt, die BBC auch brachte.
- Ein Beispiel des neuen US-Konzepts eines „War of Ideas“: Regierungsmitglied James Glassman, zuständig für die Präsentation der amerikanischen Politik im Ausland, sagt, man wolle in der Kampagne gegen den Terror weniger „die Sympathien der Ausländer gewinnen, sondern eine Ideologie besiegen“.
- Scheich Salman al-Ouda, dessen Wort Gewicht bei Fundamentalisten hat, weil er als religiöses Vorbild von Osama bin Laden gilt, begann eine Ansprache im arabischen Fernsehsender MBC: „Mein Bruder Osama, wie viele unschuldige Menschen, Kinder, Alte und Frauen sind im Namen von Al-Qaida getötet worden?“ Dazu ermittelte das Forschungsinstitut „Political Islam Online“, dass 2/3 der Online-Kommentare zustimmten.
- Und noch ein Beispiel aus der New York Times vom 18.8.2008 (dt. Ausgabe bei der SZ), die titelte: America, Make Diplomacy. Not War! (Beitrag von Nicholas D. Kristof); sie zitierte den US-Verteidigungsminister Robert Gates – „who is superb in repairing the catastrophe left behind by Donald Rumsfeld“ – mit den nachdenklichen Worten: „One of the most important lessons of the wars in Iraq and Afghanistan is that military success is not sufficient to win.“
- Schließlich liest man an diesem Wochenende (SZ vom 17.10.2008, S.8) US-General Petraeus erstrebt Versöhnung: „General David Petraeus, neuer amerikanischer Kommandeur für den Nahen und Mittleren Osten, hat eine Überprüfung der Militärstrategie in der Region angeordnet. Zugleich warnte er vor einer weiteren Verschlechterung der Lage in Afghanistan. Der Einsatz drohe „zur längsten Militärmission in einem langen Krieg zu werden“, meinte er in einem Gespräch mit der *Washington Post*.“

Meine persönliche Schlussbemerkung:

Mit dem sehr wahrscheinlichen Regierungswechsel in den USA zu Präsident Obama verbinde ich zwar nicht unbedingt – gerade wenn ich an Afghanistan denke – eine Zukunft des Friedens dort und eine Beendigung des „Kriegs gegen den Terror“. Aber ich verbinde doch damit das Angebot zum nachdenklichen strategischen Dialog innerhalb des westlichen (politischen und militärischen) Bündnisses und innerhalb der UNO, um mittelfristig - hoffentlich sehr bald - zurück zu finden zu einer wirklich kooperativen Weltpolitik. Die schwere Finanzkrise Anfang Oktober hat gezeigt, dass dies im „Notfall“ wohl

doch alle Staaten zur Besinnung bringt. Und sie hat gezeigt, dass das US-dominierte Zeitalter sich seinem Ende zuneigt und einem neuen multilateralen Machtgefüge – unter UN-Ägide in der Welt (wieder) Platz macht und auf Kooperation angewiesen sein wird.

Meine Damen und Herren: Ich danke für Ihre Geduld; Sie sind eingeladen zur Weiterführung der Debatte.

Anhang I

(Dr. Ulrich Schneckener zu den 5 „Strategien des internationalen Terrorismus“)

„Erstens ist eine wachsende **Transnationalisierung** zu beobachten. Dies äußert sich zum einen in grenzüberschreitenden Aktivitäten und Kooperationen verschiedener Terrorgruppen, zumeist ungeachtet ideologischer Differenzen, und zum anderen in der Etablierung von transnationalen Logistik-, Unterstützer- und Sympathisanten Netzwerken, wie dies beispielsweise bei den Tamil Tigers, der nordirischen IRA, der kurdischen PKK, der libanesischen Hizbollah oder bei palästinensischen Gruppierungen der Fall ist. Eine Reihe von Gruppen herkömmlicher Prägung hat damit ihren Aktionsradius deutlich über einen lokalen Kontext hinaus erweitert. Ferner ist mit dem transnationalen Terrorismus ein neuer Typ entstanden, der sich durch eine multinationale Mitglieder- und Anhängerschaft, durch eine transnationale Ideologie (etwa Islamismus) und durch entsprechende Netzwerkstrukturen auszeichnet, die über Staaten und Regionen hinweg handlungsfähig sind. Vor allem aber verfolgen diese transnationalen Netzwerke eine internationale Agenda: Ihnen geht es – im Unterschied zum Terrorismus alten Typs – nicht um die Änderung einer nationalen Ordnung, beispielsweise durch den Sturz der Regierung, sondern um die Änderung der internationalen – oder zumindest einer regionalen – Ordnung. Der paradigmatische Fall ist das Netzwerk Al Qaida, dessen Aktivitäten sich nicht nur gegen „unislamische“ Regime in der islamischen Welt richten, sondern gegen eine politisch und kulturell hegemoniale Vormachtstellung der USA und des „Westens“ insgesamt. Diesem „Projekt“ haben sich seit dem 11. September 2001 eine Reihe von vormals lokal ausgerichteten Gruppierungen angeschlossen – wie etwa Al Qaida im Maghreb, zentralasiatische oder pakistanische Gruppen oder das südostasiatische Netzwerk Jema'a Islamiyya.

Zweitens nimmt die Bedeutung **nicht-staatlicher Unterstützung** zu. Mehr und mehr lokal oder international operierende Terror- und Guerillagruppen greifen auf nicht-staatliche Sponsoren zurück. Zumeist kompensierten sie damit den Rückgang bzw. Wegfall staatlicher Förderung, letzteres hängt teilweise unmittelbar mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zusammen, teilweise aber auch mit der geänderten Strategie einzelner Sponsorenstaaten (z. B. Libyen), die sich sukzessive aus der Förderung solcher Gruppierungen zurückgezogen haben.

Diese allgemeine Entwicklung vom *state sponsored* zum *non-state sponsored terrorism* gilt noch in stärkerem Maße für transnationale Netzwerke wie Al Qaida oder Jema'a Islamiyya. Die nichtstaatlichen Sponsoren entziehen sich nicht selten der Kontrolle von Regierungen bzw. bewegen sich in einem legalen Rahmen. Zumeist ist ihnen eine Verbindung zum Terrorismus nur schwer nachzuweisen. Nicht-staatliche Unterstützer sind dabei unterschiedlich motiviert:

Es gibt die Sympathisantenkreise im engeren Sinne, die weitgehend die Ideologie und die politischen Ziele der jeweiligen Gruppe teilen. Sie beteiligen sich an der Verbreitung von

Propaganda, leisten logistische Hilfe (z. B. Gewährung von Unterschlupf) und erschließen Finanzquellen. Eine wesentliche Rolle spielen hier religiöse Autoritäten, ehemals aktive Kämpfer, Exil- und Diaspora-Gemeinschaften oder Flüchtlingslager, aber auch Tarnfirmen, „karitative“ Einrichtungen und Stiftungen. Daneben gibt es eher profitorientierte Sponsoren, die, weniger aus ideologischer denn aus kommerzieller Absicht, Terrorgruppen unterstützen; dazu gehören in erster Linie Geschäftsleute, Steuer- und Finanzexperten, Schmuggler, Waffen- und Drogenhändler, Fälscher, Kleinkriminelle, kriminelle Banden oder Warlords. Schließlich profitieren Terrornetzwerke auch von Sponsoren „wider Willen“, d. h. von Akteuren, die eher indirekt und unbeabsichtigt als Unterstützer auftreten – entweder weil sie nicht wissen, mit wem sie es in Wirklichkeit zu tun haben (z. B. Banken, Firmen, Stiftungen), oder weil sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einer Terrorgruppe stehen (z. B. Erhebung von Zwangsabgaben bei vermeintlich „Gleichgesinnten“).

Damit verbunden ist drittens eine starke **Diversifizierung der Finanzierung**. Terrorgruppen verfügen in der Regel über mehrere Finanzquellen und Transferwege. Der Verlust einzelner Quellen kann durch andere relativ rasch kompensiert werden, was die Eindämmung von Finanzströmen erheblich erschwert. Dazu zählen legale Quellen (z. B. Fundraising, Erträge aus Wirtschaftsaktivitäten) ebenso wie Gewinne aus halb-legalen bzw. kriminellen Geschäften, genutzt werden zudem Möglichkeiten der Geldwäsche, des Bargeldtransfers und der informellen, nicht regulierten Transfersysteme, die sich staatlichen Kontrollen bzw. verschärften Bankvorschriften weitgehend entziehen.

Viertens gibt es unbestritten eine **Verstärkung von medialen Effekten**.

Gerade islamistische Netzwerke, vor allem aber Al Qaida, haben die massenmediale Inszenierung ihrer Aktivitäten professionalisiert und perfektioniert, sie erreichen eine globale Öffentlichkeit. Dies gilt einerseits für die medial unterstützte Verstärkung von Furcht und Schrecken – nicht nur durch die Nutzung globaler Fernsehkanäle, sondern auch durch selbst produzierte und vertriebene Bilder und Videos. Andererseits werden Medien – hier vor allem das Internet – als Plattform für die Verbreitung der eigenen Ideologie und für die Anwerbung neuer Anhänger genutzt. Dank der modernen Kommunikationstechnologie verfügen heute Terrorgruppen sowohl über die Inhalte als auch über die Formen und Kanäle ihrer Verbreitung. Diese Entwicklung erleichtert den Terroristen die notwendige psychologische „Kriegführung“ auf der Ebene der Propaganda, um bei Gegnern ebenso wie bei Sympathisanten als relevanter Faktor wahrgenommen zu werden.

Fünftens verfügen Terroristen über ein **wachsendes Zerstörungspotential**, d. h. über eine zunehmende Bereitschaft und Fähigkeit zu größeren Operationen mit entsprechenden Opferzahlen (*mass casualty attacks*). Dieser Trend, der sich auch statistisch belegen lässt, hängt sowohl mit verbesserten technologischen Möglichkeiten als auch mit veränderten taktischen Mitteln zusammen, wie etwa dem vermehrten Einsatz von Selbstmordattentätern oder der Planung simultaner Operationen (wie beispielsweise bei den Anschlägen von Madrid oder London). Eine solche Entwicklung könnte durch die Nutzung von nichtkonventionellen Waffen – etwa den Einsatz chemischer, biologischer oder radiologischer Mittel – weiter verstärkt werden, obgleich hier Terroristen nicht unerhebliche Risiken auf sich nehmen und logistische Probleme überwinden müssten.“

Anhang II: Pax Christi International / PCI: Grundlagen 2007

Orientierungsrahmen (Framework) für die globale Pax Christi-Bewegung

(Vorlage zur Dreijahresversammlung von PCI in Brügge vom 13.-15.11.2007;
Kurz gefasste Übersicht in einer Übersetzung von Dr. Reinhard J. Voß)

Unsere VISION:

Die Arbeit von PCI gründet im Evangelium und ist vom Glauben inspiriert. PCI glaubt, dass Friede möglich ist und der Teufelskreis der Gewalt und Ungerechtigkeit zerbrochen werden kann. Unsere Vision ist eine Welt, in der Menschen in Frieden leben können, ohne Angst vor Gewalt in all ihren Formen.

Unsere MISSION:

Als glaubensbasiertes Netzwerk sucht PCI eine Welt zu verändern, die durchgeschüttelt ist von Gewalt, Terrorismus, zunehmender Ungleichheit und globaler Unsicherheit. PCI arbeitet daran, eine Kultur des Friedens zu schaffen und glaubt, dass Religion eine unzweideutige Kraft für Frieden und soziale Gerechtigkeit sein sollte. PCI ist der Gewaltfreiheit verpflichtet und setzt sich ein für Entmilitarisierung und Abrüstung, menschliche Sicherheit, Menschenrechte und die Herrschaft des Rechts als Basis friedfertiger Gesellschaften. Als Bewegung und globales Netzwerk bringt PCI Menschen aus ganz verschiedenen Hintergründen und Kulturen zusammen, indem diese (ihr Leben und die Gesellschaft) gestalten und handeln aufgrund ihrer gemeinsamen Vision von Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit für alle.

4 Prioritäten und Schwerpunkte:

1. Menschenrechte (MR), die Herrschaft des Rechts und gewalttätige Konflikte
 - Verletzung von MR und Kampagne gegen Straflosigkeit
 - Todesstrafe
 - Migration, Flüchtlinge, Heimatlose, Asylsuchende und gewalttätige Konflikte
 - Rassismus, Diskriminierung von ethnischen Minderheiten und Urbevölkerung
 - Gute Regierungsführung und Staatszerfall

2. menschliche und gemeinschaftliche Sicherheit und gewalttätige Konflikte
 - Ökologische und ökonomische Faktoren gewalttätiger Konflikte (Land, Wasser, Rohstoffraub)
 - Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Armutsreduzierung
 - Wirtschaftsethik und gewalttätige Konflikte
 - Sicherheit und Entwicklung

3. Abrüstung und Entmilitarisierung
 - Verteidigungspolitik
 - Massenvernichtungswaffen
 - Antipersonen-Minen und Streumunition
 - Waffenhandel und Konversion von Waffenindustrien
 - Kleinwaffen und Leichte Waffen
 - Sicherheit und Entwicklung
4. Religion und gewalttätige Konflikte
5. Übergreifend für alle 4 Bereiche:
 - Terrorismus und „Krieg gegen den Terror“
 - Internationale militärische, politische und kulturelle Dominanz(en)

4 dazugehörige Ziele:

1. um all die erwähnten Tendenzen zu stoppen
2. um Bewusstsein für die genannten Punkte zu schaffen und entsprechende Veränderungen zu bewirken
3. um die Politik in den genannten Problembereichen zur Veränderung zu drängen
4. um moralische und ethische Prinzipien über Krieg und Frieden im öffentlichen und politischen Bereich einzuführen.

8 Strategien:

1. Konflikt-Transformation
2. Friedens-Aufbau
3. Friedenserziehung und Jugendarbeit
4. interreligiöse und interkulturelle Kooperation für den Frieden
5. gewaltfreier gesellschaftlicher Wandel
6. Entwicklung von Friedens-Spiritualität und -Theologie
7. Lobbyarbeit (Advocacy) und Kampagnen
8. Vernetzung